

solik aktuell



Zahnloses Regelwerk

Außerbetriebliche Interessenvertretung – nur wenn die Einrichtung mitspielt? Vom aktuellen Stand der Entwicklung berichtet Marco Frank.

§ 51 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG): Er regelt die Möglichkeit für Azubis, ihre Interessen in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten zu vertreten.

§ 52 BBiG: Mit ihm kann das Bundesministerium für Bildung und Forschung per Rechtsverordnung regeln, wie diese Beteiligung konkret aussehen soll.

Die DGB-Jugend hat sich seit Jahren dafür eingesetzt, eine solche Rechtsverordnung mitzugestalten – bislang ohne Erfolg. Der Gesetzentwurf des DGB wurde abgelehnt, eigene Ministeriumsentwürfe hat es nie gegeben.

Nun ist das Thema im Unterausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung aktuell geworden, in dem Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Vertreter der Bundesländer sitzen. Eine Arbeitsgruppe beschäftigt sich derzeit damit, eine Handreichung zur erleichterten Einrichtung von Interessenvertretungen für Auszubildende in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten zu erstellen.

Die sollen aber lediglich auf freiwilliger Basis funktionieren: Nur noch per Selbstverpflichtung, d.h. bei Einwilligung der Aus-



Ab sofort gibt es den DGB-Jugend-Flyer »Hände weg vom Jugendarbeitsschutzgesetz«. Er ist über www.dgb-jugend.de unter »Publikationen«/»Broschüren« kostenlos und versandkostenfrei zu bestellen. Weitere Infos: www.haende-weg.dgb.de

bildungseinrichtung, soll es möglich sein, die Interessenvertretung der Azubis zu organisieren und auszuüben. Der Grund: Arbeitgeber und Bundesländer sehen keine vergleichbare Schutzbedürftigkeit der Auszubildenden in außerbetrieblichen Einrichtungen der Berufsbildung – wie etwa bei der betrieblichen Mitbestimmung. Aufgrund hoher Fluktuation und geringer Betriebsbindung möchten sie diesen Aufwand vermeiden, der aus ihrer Sicht in keinem Verhältnis zum möglichen Nutzen steht.

Überdies seien »flexible und einverständliche Vor-Ort-Lösungen« allemal mehr wert als eine in Aussicht gestellte Verordnung, die rein rechtlich jederzeit von Anfechtungen bedroht wäre. Denn vergleichbare Beteiligungsrechte wie sie z.B. für Jugend- und Auszubildenden-Vertretungen (JAV) gelten, sind sonst ausnahmslos gesetzlich geregelt, etwa in § 70 des Betriebsverfassungsgesetzes. Kündigungsschutz-Regelungen oder Weiterbeschäftigungs-

rechte für Mitglieder einer Interessenvertretung per Rechtsverordnung wären demnach anfechtbar.

So soll nun eine »entschärfte« Variante zum Einsatz kommen – die mit der betrieblichen Interessenvertretung nicht vergleichbar ist. Neben den genannten Punkten würden auch sonstige Mitwirkungsrechte gekappt, die in das Planungs- und Entscheidungsrecht des Unternehmens eingreifen würden, etwa Zustimmungsvorhalte zu innerbetrieblichen Regelungen.

Ebenfalls »zur Vereinfachung«: Ein Einspruchsverfahren mit aufschiebender Wirkung bis zur Entscheidung einer Einigungsstelle ist nicht mehr vorgesehen. Auch spezifische Fortbildungsmaßnahmen unter Freistellung von der Ausbildung soll es nicht mehr geben.

Was bliebe, wäre ein zahnloser Tiger, der nur noch springt, wenn er gelassen wird. Dagegen müssen die Arbeitnehmervertreter in der Arbeitsgruppe angehen – eine Benachteiligung von Auszubildenden in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten darf es nicht geben. [5]

Marco Frank ist politischer Referent der DGB-Jugend.



DOKUMENTIERT

Jugend und Arbeit



Am 2. und 3. März 2007 organisierten DGB-Jugend und Friedrich-Ebert-Stiftung mit Jugendlichen und Arbeitsmarktexperten die Open-Space-Veranstaltung »Wir wollen Arbeit! Gemeinsam gegen Jugendarbeitslosigkeit«. Nun

dokumentiert eine Broschüre die Ergebnisse und Forderungen. [5]

Zu bestellen: DGB-Bundesvorstand, Bereich Jugend, Tel.: 030 / 240 60 371, E-Mail: jugend.bvv@dgb.de

INHALT

3 ausbildung + beruf

Bildung ist Erbgut: Die 18. Sozialerhebung des Studentenwerkes

Position: Ausbildung für Altbewerber

4 projekte

Lebensführung Fehlanzeige:

So wenig bekommen Azubis

DGB – Die Zukunftscamps

5 thema

Bildungsnotstand: Jugendliche schlagen Alarm bei der DGB-Aktion »Ausbildung für alle«

6 azubi-berater

Ausbildungsende – wie weiter?

7 landesbezirke + gewerkschaften

BJA: Die wichtigsten Beschlüsse

Herbstakademie: G8 und Gewerkschaftsjugend

Leicht verbessert

Ausbildungsdaten Juni 2007 ■ Das Gute vorweg: Erstmals seit langer Zeit ist die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten betrieblichen Ausbildungsplätze im Vorjahresvergleich gestiegen, und zwar um 1,6%. Jetzt die schlechte Nachricht: Trotzdem tut sich ein betrieblicher Ausbildungs-kriker von 271.158 fehlenden Ausbildungs-plätzen auf. Und: Nach wie vor stellen sich mehr als 300.000 Altbewerber hinten an, werden Jugendliche als »nicht ausbildungs-reif« eingestuft und somit noch nicht einmal als Bewerber in der Statistik zugelassen.

Schnüffelflieger



Sommer sauer ■ Der DGB-Vorsitzende **Michael Sommer** hat den Einsatz von Tornado-Aufklärungsflugzeugen im Juni 2007 zur Absicherung des G8-Gipfels in Heiligendamm scharf kritisiert. Er frage sich,

ob auch Gewerkschafter künftig fürchten müssen, dass ihre Demonstrationen aus der Luft überwacht werden. Die Aufklärungsflüge seien politisch falsch, gefährlich und verfassungsgesetzlich bedenklich.

Unter anderem war über dem Camp in Reddelich geflogen und gefilmt worden, wo sich viele Gewerkschaftsjugendliche befanden.

Hilfe nötig

Ergänzung für Zivis ■ Bisher war es ausgeschlossen, dass Zivildienstleistenden ergänzende Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II bewilligt wurden. Nun ist es möglich, dass sie und ihre Angehörigen bei Hilfsbedürftigkeit einen Mietkostenanteil erhalten können.

www.baz.de

Mädchen im Anmarsch

Monatliche Alkoholmeldung ■ Wie das Statistische Bundesamt anlässlich der Aktionswoche zur Alkoholprävention (14. bis 18. Juni 2007) mitgeteilt hat, werden in Deutschland immer mehr Kinder und Jugendliche wegen akuten Alkoholmissbrauchs stationär im Krankenhaus behandelt. Wurden im Jahr 2000 bereits 9.500 Kinder und Jugendliche im Alter von zehn bis unter 20 Jahren mit der Diagnose »Akute Alkoholintoxikation« stationär im Krankenhaus betreut, waren es 2005 mit 19.400 mehr als doppelt so viele (+ 104%). Darunter finden sich fast 3.500 Patientinnen und Patienten, die erst zwischen zehn und 15 Jahre alt waren. Selbst in dieser Altersgruppe war ein Anstieg von 57% gegenüber dem Jahr 2000 zu verzeichnen. Rund 62% der jungen Patienten waren männlich und 38% weiblich, Mädchen holen aber auf.

www.destatis.de

Gleichberechtigung

Sonderschule muss weg

Die Abschaffung der Sonder- und Förderschulen in Deutschland hat die Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, **Karin Evers-Meyer** (SPD), gefordert. Alle Kinder, ob behindert oder nicht, müssten gleichberechtigt unter einem Dach unterrichtet werden. Während in Deutschland nur ca. 12% aller behinderten Kinder integrativ beschult würden, seien das in vergleichbaren Ländern in Europa bis zu 80% und mehr.



K. Evers-Meyer

Kinderarbeit I

Nepal ■ In Nepal wird fast ein Viertel der gesamten Arbeit von Kindern erledigt. Insgesamt arbeiten 2,6 Mio. Kinder, viele davon in gefährlichen Bereichen, heißt es in einer Studie der Organisation »Concern for Children and Environment Nepal«. Die meisten Kinder würden von ihren Familien zur Arbeit geschickt, um das Einkommen aufzubessern. Sie seien als Träger, Tellerwäscher, aber auch in Steinbrüchen oder Ziegelbrennereien tätig.

Infos: www.concern.com.np

Kinderarbeit II

China ■ In China werden nach britischen Gewerkschaftsangaben Kinder von teils erst zwölf Jahren für die Produktion offizieller Souvenirs der Olympischen Spiele in Peking 2008 eingesetzt. Untersuchungen in vier chinesischen Fabriken, die Taschen, Mützen, Schreibwaren und andere Artikel mit dem Olympia-Logo herstellen, hätten ergeben, dass Kinder und Erwachsene dort von »skrupellosen Unternehmern ausgebeutet« werden, so der Gewerkschaftsdachverband TUC.

Selbst Erwachsenen werde in den Fabriken nur ein Lohn von 14 Penny (22 Euro-Cents) pro Stunde gezahlt, was lediglich der Hälfte des üblichen Mindestlohns in China entspreche. Zudem müssten die Beschäftigten sieben Tage pro Woche jeweils bis zu 15 Stunden arbeiten.

www.ituc.org

Klagen verboten

Studiengebühren I ■ Erste Klagen gegen Studiengebühren sind im Juni 2007 vor dem Freiburger Verwaltungsgericht abgewiesen worden. Insgesamt wurden drei von landesweit knapp 3.000 Verfahren verhandelt. Musterklägerin ist eine darlehensbedürftige Mutter von zwei Kindern, die Studiengebühren zahlen muss. Flankiert wurde sie von Studierenden, die aufgrund des Zivildienstes ein Jahr verloren haben und dadurch längere Gebühren zahlen müssen.

Weitere Informationen: www.klage-bw.de

Teurer Spaß für alle

Studiengebühren II ■ Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, ist der Verbraucherpreisindex für Deutschland von April 2006 bis April 2007 um 1,9% gestiegen. Zusätzlich im April 2007 führte die Erhebung der Studiengebühr in fünf Bundesländern (Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern) zu einer Preiserhöhung im Bildungswesen von 28,5% gegenüber April 2006 (+ 25,1% gegenüber dem Vormonat). Die Jahresteuersatzrate erhöht sich allein dadurch um 0,2%.

www.destatis.de

Globalisierung lohnt sich

Deutschland: Mehr Millionäre ■ Dank der anziehenden Konjunktur ist im vergangenen Jahr auch die Zahl der Millionäre in Deutschland gestiegen. Nach einer Studie der Unternehmensberatung Merrill Lynch und der Management- und IT-Beratung Capgemini gab es bundesweit 798.000 Anleger mit einem Privatvermögen von über einer Million US-Dollar. Das sei ein Plus von 31.000 oder 4,1%. Ein Jahr zuvor habe Deutschland mit 0,9% noch eine der niedrigsten Wachstumsraten der Welt gehabt.

Insgesamt vermehrten die reichsten Privatpersonen der Welt ihr Finanzvermögen 2006 dank der global guten Wirtschaftslage um 11,4% auf 37,2 Billionen US-Dollar. Dies sei der erste zweistellige prozentuale Anstieg seit sieben Jahren.

Kein Konzept für Jugendarbeit



D. Raabe

Aus dem DBJR ■ In der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, »Jugendliche in Deutschland«, fehlt den Jugendverbänden der rote Faden. **Detlef Raabe**, Vorsitzende des Deutschen Bundesjugendring (DBJR): »Aus den Antworten der Bundesregierung ergibt sich für uns kein Bild einer jugendpolitischen Gesamtkonzeption.«

Zudem enthielten die Antworten der Bundesregierung wenig Neues. Raabe: »Der DBJR hätte sich an vielen Stellen weitergehende Aussagen u.a. zur Bekämpfung von Kinderarmut gewünscht.«

Erfreulich: die Arbeit der Jugendverbände wird an vielen Stellen positiv erwähnt.

»Jugendliche in Deutschland«, Bundestags-Drucksache 16/4818

DBJR-Diskussionspapier: www.dbjr.de, Rubrik »Bundespolitik«/»Jugendliche in Deutschland«

Bildung ist Erbgut

Die 18. Sozialerhebung des Studentenwerkes: Hochschulen in Deutschland mit schwerwiegenden sozialen Barrieren.

Ein höherer Bildungsabschluss »vererbt« sich in Deutschland von Generation zu Generation: Von 100 Kindern aus Akademikerfamilien nehmen heute 83 wiederum selbst ein Studium auf. Von 100 Kindern mit Eltern ohne Hochschulabschluss sind dies hingegen nur 23. Kinder aus Beamtenfamilien, in denen mindestens ein Elternteil studiert hat, haben eine fünfeinhalb Mal so hohe Studierchance wie Kinder aus dem Arbeitermilieu.

Das ist das zentrale Ergebnis der im Juni 2007 in Berlin vorgestellten 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes (DSW), die alle drei Jahre durchgeführt wird: Im deutschen Bildungssystem entscheidet die soziale Herkunft ganz maßgeblich über den Bildungsweg. Rund 17.000 Studierende haben im Sommersemester 2006 an der Befragung teilgenommen.

Die Sozialerhebung zeigt: Die Rekrutierungspotenziale für mehr Akademikerinnen und Akademiker aus den hochschulnahen Bildungsmilieus sind ausgeschöpft. Die zusätzlichen Hochqualifizierten, die Deutschland dringend benötigt, müssten aus hochschulfernen und einkommensschwächeren

Schichten mobilisiert werden. DSW-Präsident Rolf Dobischat: »Dazu müssen sich die Hochschulen sozial öffnen, und dazu brauchen wir ein starkes BAföG!«

Derzeit sieht die finanzielle Lage der Studierenden so aus: Im Durchschnitt haben sie 770 Euro im Monat zur Verfügung, aber es gibt weiterhin eine deutliche Spann-

weite: Jeder fünfte Studierende liegt mit seinem Monatsbudget unter dem BAföG-Höchstsatz von 585 Euro, jeder

Dritte unter dem Betrag von 640 Euro, den die Familiengerichte als Orientierungswert für den Elternunterhalt festgelegt haben. Zugleich hat aber auch fast jeder vierte Student mehr als 900 Euro im Monat zur Verfügung.

Nur rund 60 Prozent der Studierenden gingen im Sommersemester 2006 davon aus, ihre Studienfinanzierung sei gesichert. 2003 waren es noch fünf Prozent mehr. Dobischat: »Im Umkehrschluss heißt das, dass rund 40 Prozent ihre Studienfinanzierung als unsicher ansehen.«

Andreas Schackert vom DGB-Jugendprojekt »Students at work« macht auch auf noch auf einen anderen Umstand aufmerksam: Die Zahl der arbeitenden Studierenden ist gesunken. Schackert: »Ein Bachelor-Stu-

dium ist ein Vollzeitjob. Da bleibt keine Zeit für Nebenbeschäftigungen.«

Im Klartext: Soziale Auslese nimmt auch hier zu. Wer nicht genügend Geld für das Studium zur Verfügung hat, kann nicht mehr nebenher arbeiten. Schackert: »Wer hier keine andere Einnahmequelle hat, für den ist das Studium dann womöglich schnell zu Ende.«

Derzeit bezieht rund ein Viertel der zwei Millionen Studierenden BAföG; laut Sozialerhebung könnten 79 Prozent der Geförderten ohne BAföG nicht studieren. Nachdem es sechs Jahre keine Aufstockung gegeben hat, fordern Studentenwerk und DGB-Jugend eine Erhöhung um mindestens zehn Prozent (vgl. Soli 6-2007).

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock hatte schon vor der Veröffentlichung der neuen Zahlen auf die drohende soziale Schieflage bei den Studierenden hingewiesen.

Auch das im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien beschlossene Ziel, wonach möglichst bald 40 Prozent eines Altersjahrganges studieren sollen, könnte mit diesen Zahlen in den Sternen stehen – die Folge: massiver Fachkräftemangel. [\[5\]](#)

DSW: 18. Sozialerhebung www.studentenwerke.de/pdf/Hauptbericht18SE.pdf

...2003 waren es noch fünf Prozent mehr – keine gute Grundlage für ein erfolgreiches Studium.

QUALIFIZIERUNG

Ausbildung für Altbewerber

Die Beauftragten der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und der Länder haben im Juni 2007 ein gemeinsames Positionspapier zur Pilotinitiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) verabschiedet. Soli aktuell dokumentiert Auszüge.

»Die Beauftragten der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und der Länder unterstützen grundsätzlich das Anliegen des BMBF, die Zahl der Altbewerber in den nächsten Jahren deutlich zu reduzieren.

Die dazu in der vom BMBF angekündigten Pilotinitiative »Ausbildung für Altbewerber über Ausbildungsbausteine« aufgeführten Maßnahmen müssen jedoch in der Weise angelegt sein, dass folgende Kriterien berücksichtigt werden:

- Die Umsetzung darf zu keinen das duale Ausbildungssystem schwächenden Effekten führen.
- Bei der Bestimmung der für die Qualifizierungsmaßnahmen in Frage kommenden Berufe sowie bei der Entwicklung der Bausteine sind die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen – auch in der Region – zu beteiligen. Die Ausbildungsbausteine haben die Ausbildungsordnung und den Rahmenlehrplan zu berücksichtigen.
- Die Qualifizierung in Ausbildungsbausteinen ist strikt nachrangig zur regulären Berufsausbildung auszurichten. Daher ist die Zielgruppe der Altbewerber für diese Pilotinitiative entsprechend einzuzugrenzen.
- Die Laufzeit der Pilotinitiative und in Folge die Durchführung der Maßnahmen ist auf den Zeitraum zu beschränken, in dem durch die demografische Entwicklung bei Schulabsolventinnen/-absolventen die Kapazitäten des dualen Systems nicht ausreichen.
- Nur solche Institutionen sind als Maßnah-

menträger für die Pilotinitiative geeignet, die eine qualitativ hochwertige Qualifizierung garantieren können, mit der vor allem die Einmündung der Altbewerber in ein reguläres Ausbildungsverhältnis genauso wie die Hinführung zur Externenprüfung weitgehend sichergestellt werden kann.

Die von Altbewerbern erfolgreich absolvierten Ausbildungsbausteine können von den Betrieben auf eine reguläre Berufsausbildung angerechnet werden, damit die gesamte Ausbildungszeit für die betroffenen Altbewerber nicht unnötig ausgeweitet wird. Die Spitzenorganisationen der Wirtschaft setzen sich für die Nutzung der Anrechnungsmöglichkeiten ein, wo es betrieblich sinnvoll und möglich ist.

Im Programm sind Regelungen zu treffen, die Substitutionseffekte vermeiden. Außerdem sollen Maßnahmen vorgesehen werden, die darauf abzielen, das Ausbildungsangebot insgesamt zu erhöhen...« [\[5\]](#)

Weitere Infos: www.bibb.de/de/29874.htm

Lebensführung Fehlanzeige

WSI-Tarifarchiv: Azubis bekommen zwischen 30 und 53 Prozent des Einstiegsgehalts.

Die Ausbildungsvergütungen fallen – gemessen an der jeweiligen tariflichen Einstiegsvergütung nach Abschluss der Ausbildung – nach einer Auswertung der Hans-Böckler-Stiftung sehr unterschiedlich aus. Legt man das dritte Ausbildungsjahr zugrunde, erhalten Auszubildende je nach Branche und Region zwischen knapp 30 und gut 53 Prozent der Einstiegsvergütung.

Die tariflichen Ausbildungsvergütungen sind 2006 überwiegend nur geringfügig, meist zwischen einem und drei Prozent, gestiegen, in zahlreichen Branchen gar nicht – etwa in der Landwirtschaft, im Steinkohlenbergbau, im Bauhauptgewerbe, im Einzelhandel und nahezu im gesamten öffentlichen Dienst. In den ersten Abschlüssen dieses Jahres sind zum Teil kräftigere Anhebungen vereinbart worden, so in der chemischen Industrie um 3,6 Prozent und in der Metallindustrie um 4,1 Prozent.

Auch in der absoluten Höhe fallen die

Ausbildungsvergütungen – gestaffelt nach Ausbildungsjahren – stark differenziert aus: Sie variieren zwischen 332 Euro im privaten Verkehrsgewerbe in Thüringen im ersten Ausbildungsjahr und 1.222 Euro im Bauhauptgewerbe West im vierten Ausbildungsjahr. Zur Finanzierung einer eigenständigen Lebensführung reichen die tariflichen Vergütungen in vielen Branchen nicht aus.

Die tariflichen Ausbildungsvergütungen sind 2006 überwiegend...

So sieht es aus, wenn man die Höhe der Ausbildungsvergütung für das jeweils letzte (dritte) Ausbildungsjahr mit der Einstiegsvergütung für ausgebildete Fachkräfte vergleicht:

Bauhauptgewerbe: Im Westen erreicht die Vergütung mit 1.086 Euro im dritten Jahr immerhin 47 Prozent des Einstiegslohnes. 999 Euro bekommen kaufmännische Azubis, das sind 53,4 Prozent des Einstiegsgehaltes für fertig ausgebildete Fachkräfte. Im Osten sind es nur 41,9 bzw. 47,7 Prozent.


Metallindustrie: Die Ausbildungsvergütung beläuft sich in Nordwürttemberg/Nordbaden auf 831 Euro und entspricht 43,4 bzw. 44,5 Prozent des Einstiegslohnes bzw.

-gehaltes. In Sachsen sind es mit 785 Euro 40,9 bzw. 41,8 Prozent.

Versicherungsgewerbe: Die bundesweit einheitliche Vergütung von 889 Euro erreicht 42,5 Prozent des Einstiegsgehaltes.

Chemische Industrie: Hier fällt die Vergütung durchaus hoch aus, aber mit Blick auf die hohe anschließende Einstiegsvergütung ist das Niveau relativ niedrig. In NRW beträgt die Vergütung im dritten Jahr 839 Euro (36,8 Prozent des Einstiegsentgelts). Im Osten ergeben 715 Euro 34 Prozent.

Öffentlicher Dienst: Die Höhe der Ausbildungsvergütung liegt im Westen bei 711, im Osten bei 658/679 Euro und damit im Mittelfeld. Bezogen auf die Einstiegsvergütung entspricht dies 42,1 Prozent.

Kfz-Gewerbe: In dieser Branche ist die Ausbildungsvergütung niedrig, auch in Relation zur Einstiegsvergütung nach Abschluss der Ausbildung. Im dritten Jahr beträgt die Ausbildungsvergütung in NRW lediglich 544 Euro, das entspricht 30,8 Prozent des Einstiegslohnes. In Thüringen machen 510 Euro nur 28,8 Prozent aus. 

Marco Frank

Infos: www.boecklerimpuls.de

»ZUKUNFTSCAMPS«

Neue Lernkulturen

Fast sieben Millionen Frauen und Männer sind in Gewerkschaften des DGB organisiert. 2005 sind über 280.000 Menschen neu eingetreten. Trotzdem verlieren die Gewerkschaften täglich hunderte von Mitgliedern.

Daher sollen kurzfristige Maßnahmen getroffen werden, um den materiellen Abbau zu bremsen und die Organisation leistungsfähig zu halten. Deshalb hat der DGB die Initiative Trendwende ins Leben gerufen.

Projekte zu Themen wie Finanzarchitektur, Mitbestimmung, Organisation, Kommunikation, Potenzialanalyse und »Gute Arbeit« sind das Herzstück der Initiative Trendwende. Mit ihnen wollen DGB und Gewerkschaften unmittelbar und dauerhaft an Gewicht gewinnen.

Auch die Arbeiten im jüngsten Trendwende-Projekt mit dem Titel »Zukunftscamps – Future now« schreiten voran. Die Camps sind eine gemeinsame Bildungsinitiative von Gewerkschaften und Unternehmen zur Stärkung von SchülerInnen aus Haupt-, Gesamt- und Sekundarschulen.

Die Gewerkschaften unterstützen neue Lernkulturen und Lernformen und zeigen, dass sie gemeinsam mit anderen gesellschaftliche

Verantwortung für jugendliche übernehmen.

Diese können mit erfahrenen Trainern und Gleichaltrigen Erfahrungen sammeln, anwenden, dabei Spaß haben und vor allem: die Sommerferien einmal anders genießen.

Vom 6. bis zum 26. August 2007 werden die beiden Pilotcamps in den Jugendbildungszentren Hattingen und Flecken Zechlin stattfinden. Inhalte mit Bezug zum eigenen Leben stehen im Mittelpunkt.

»Uns fehlen jetzt und in der Zukunft Talente«, sagt »Zukunftscamp«-Projektleiterin Heidi Walter. »Besonders HauptschülerInnen sind stigmatisiert. Viele finden keine Ausbildung oder Arbeit. Ihre möglichen Potenziale liegen brach. 80.000 HauptschülerInnen ohne Abschluss jedes Jahr stellen einen gesellschaftlichen Sprengsatz dar.«


Nachdem Ulrich Thöne von der GEW die Projektpatenschaft übernommen hatte, konnte in der Zwischenzeit auch Konrad Freiberg von der GdP als Projektverantwortlicher gewonnen werden.

Die Idee für die Camps orientiert sich am

ZUKUNFTSCAMP

FUTURE NOW

Konzept der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Damit sind sie auch ein Beitrag für die »UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung«. Die UNESCO hat dieses Konzept zukunftsbedeutsamen Lernens weltweit bekanntgemacht und fördert es erst einmal bis zum Jahr 2014.

2007 werden zwei Pilotprojekte durchgeführt, die ab Sommer 2008 und 2009 auf 20 Camps ausgeweitet werden sollen. Pro Camp werden 40 bis 60 SchülerInnen der achten Jahrgangsstufe drei intensive gemeinsame Wochen verbringen. Der Tagesablauf wird gemeinsam organisiert, sodass eine Gemeinschaft mit Verpflichtungen entsteht. Zu umliegenden Betrieben werden Kontakte vermittelt, um Praxisbezüge herzustellen. 

Infos: www.initiative-trendwende.de,
www.zukunftscamps.de

Dänemark hat's besser

»Ausbildung für alle« bei Talk im Tor: Am 25. Juni 2007 diskutierten Schüler auf DGB-Initiative ihre Zukunftsperspektiven mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft. Tolle Antworten bekamen sie nicht.

Die Jugendlichen haben sich oft schon aufgegeben« – so bringt die Schülerin Dilba Demir den Ausbildungsplatzmangel auf den Punkt. Auch sie selbst habe sich fleißig beworben, jedes Mal mit negativem Ergebnis.

Heute ist sie zur großen Diskussion der Initiative »Ausbildung für alle« von Gewerkschaften und DGB gekommen – vor das Brandenburger Tor in Berlin, genau wie ca. 300 andere Jugendliche. Um ihrer Wut Luft zu verschaffen und um sich öffentlich von den Vertretern der Regierung und der Wirtschaft Rat zu holen.

Und eine passende Antwort lässt nicht lange auf sich warten: Hartmut Schauerte, Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums rät der jungen Frau mit Migrationshintergrund, sie möge sich doch bitte an die migrantischen Unternehmer wenden, die stünden in ihrem Fall ja in der Pflicht – aber die bildeten ja kaum aus.

Nun ist Schauerte kein Mann von der üblen Sorte – freimütig gibt er die Mitschuld der Politik an der Ausbildungsmisere zu. Auch er findet es demotivierend, »dass wir Jugendlichen solche Schwierigkeiten machen«. Er kennt das Drama auch aus eigener Anschauung: Er hat vier Kinder, denen es auch nicht immer geht mit ihren Ausbildungsplänen.

Die Episode verdeutlicht aber einmal mehr, wie in Deutschland über die Zukunftschancen der Jugend geredet wird. Man schiebt ihr den Schwarzen Peter zu. Sie möge sich in Geduld üben. 140 Bewerbungen habe er geschrieben, sagt Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages. Und schau an, es ist doch noch was aus ihm geworden. Wer auch solche Schwierigkeiten habe wie er, möge sich gern an ihn persönlich wenden – »schreibt mir 'ne Mail«, die werde dann an die zuständige Stelle weitergeleitet.

Ansonsten gilt: Passt auf, demnächst wird alles cool, die Schülerzahlen sinken, die Konjunktur zieht dolle an, Leute werden

»Ich finde es auch demotivierend, dass wir den Jugendlichen solche Schwierigkeiten machen.«

Hartmut Schauerte, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium



Lebhaft in der Politik mitgemischt: Jugendliche beim Talk im Tor von »Ausbildung für alle«

eingestellt und Azubis im Besonderen – so sieht die Welt betreff Ausbildung in Politik und Wirtschaft aus. Zu diesem Weltbild gehört auch: Es darf unter keinen Umständen eine gesetzliche Regelung geben, etwa eine Umlagefinanzierung.

Obwohl dieses Modell in der Baubranche sogar in Krisenzeiten funktioniert; obwohl hier und heute der Bezirksschornsteinfegermeister Helmut Dittge sitzt, der von den positiven und kostenneutralen Erfahrungen mit einer Umlage in seinem Gewerk berichtet; obwohl die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbock das Beispiel Dänemark anführt, wo die Regierung so lange Druck gemacht hat, bis die Umlage kam – Schauerte und andere sind todsicher: Die Umlage ist ein bürokratisches Monster und killt die verbliebenen Ausbildungsplätze. Außerdem sei Dänemark viel zu klein, um als Vorlage für die Umlage im großen Deutschland zu dienen.

Wieso geht das in Dänemark, wieso geht das auf dem Bau, das wollen die Jugendlichen hier genau wissen, und auch die, die sich live im Internet zugeschaltet haben. Irgendwann kann man die Antwort so zusammenfassen: Darum nicht.

Und erst ein Grundrecht auf Ausbildung, wie es der DGB-Vorsitzende Michael Sommer am Brandenburger Tor fordert – es »würde nicht viel bringen« (Schauerte).

Da gäbe es ja dann einen Interessenkonflikt zwischen den Jugendlichen und der Volkswirtschaft.

Kein Grundrecht, da sind sich an diesem Tag Jugendliche und Gewerkschafter einig, bringt aber auch nicht viel.

Die Wirtschaft, stellt Ingrid Sehrbrock fest, verstößt ja sogar gegen ihre eigenen Interessen, Stichwort Fachkräftemangel: »Heute jammern die Unternehmer: Hätten wir bloß vor fünf Jahren ausgebildet.«

Mal sehen, was sie nach den nächsten fünf Jahren sagen. [S](#)

»AUSBILDUNG FÜR ALLE«

Aktivitäten bündeln

Von DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf

Die DGB-Jugend wird »Ausbildung für alle« auch im zweiten Halbjahr 2007 maßgeblich gestalten und weiterentwickeln.

Dazu kann die Initiative das gewerkschaftliche Dach zum Thema Ausbildungsplatzsituation sein. Durch die Unterstützung von Verbänden und Organisationen und die Beteiligungsmöglichkeiten für Schüler und Schülerinnen werden wir die Reichweite erhöhen.

Die Herausforderung besteht auch darin, die Problematik der vielen fehlenden Ausbildungsplätze in der allgemeinen »Konjunkt euphorie« weiterhin öffentlich zu machen und die tatsächliche Situation vieler Jugendlicher zu verdeutlichen.

Der Druck auf Entscheider in Politik und Wirtschaft muss hoch bleiben, damit sich etwas verändern kann. Sie bleiben in der Verantwortung. [S](#)

Infos: www.ausbildung-fuer-alle.de



Blick in die Zukunft

**Ausbildungsende Teil II:
Du warst Azubi und deine
Ausbildung ist nun vorbei.
Wie es jetzt weitergeht.**

Übernahme

Zunächst stellt sich die Frage, ob du von deinem Betrieb übernommen wirst. Übernahme bedeutet, dass du nach der Ausbildung einen Arbeitsvertrag bekommst und in deinem Ausbildungsbetrieb beschäftigt wirst. Falls du es nicht weißt und mit deinem Ausbilder noch nicht darüber gesprochen hast, solltest du aktiv werden. Sprich deinen Ausbilder auf eine Übernahme in ein normales Arbeitsverhältnis an und bitte um eine eindeutige Antwort. Falls dir eine Übernahme zugesichert wird, solltest du dir das am besten schriftlich geben lassen. Die Zusage ist rechtlich aber nur verbindlich, wenn sie dir innerhalb der letzten sechs Monate deiner Ausbildung gegeben wird (§ 12 Berufsbildungsgesetz; BBiG). Vorher getroffene Vereinbarungen sind rechtlich nicht wirksam.

Wird dein Übernahmewunsch abgelehnt, solltest du prüfen, ob du nicht trotzdem Anspruch auf eine Weiterbeschäftigung hast. Es gibt zwar keinen grundsätzlichen Rechtsanspruch auf eine Übernahme, aber in zwei Fällen kann es sein, dass du Erfolg hast:

1. Du bist Mitglied in der Jugendauszubildendenvertretung (JAV). Mitglieder der JAV können nach § 78a Betriebsverfassungsgesetz einen Antrag auf Übernahme stellen und müssen dann übernommen werden. Informiere dich unbedingt bei deiner Gewerkschaft darüber. (siehe Soli 6-2007)

2. In manchen Branchen haben die Gewerkschaften Tarifverträge abgeschlossen, die eine befristete Übernahme der Azubis vorschreiben. Wenn ein solcher Tarifvertrag für deinen Betrieb Anwendung findet und du selbst Gewerkschaftsmitglied bist, musst du für einen bestimmten Zeitraum übernommen werden. Informiere dich unbedingt bei deiner Gewerkschaft, ob eine Übernahme in einem Tarifvertrag festgelegt ist.

Freistellung für Bewerbungsgespräche

Wenn dein Betrieb eine Übernahme klar ablehnt, musst du dich bewerben, damit du nach dem Ende deiner Ausbildung einen Job hast. Damit du Zeit für deine Bewerbungen hast, muss dich dein Arbeitgeber

nach § 629 Bürgerliches Gesetzbuch während der Ausbildungszeit freistellen. Deine Vergütung muss dir für diese Zeit weitergezahlt werden. Eine Freistellung für eine Bewerbungsgespräch solltest du möglichst frühzeitig schriftlich beantragen. Hebe dir auf jeden Fall eine Kopie des Antrags auf. Hier ein Vorlage für dich, die du bei deinem Antrag verwenden kannst:

Antrag auf Freistellung für ein Bewerbungsgespräch

Sehr geehrter Herr/Frau _____,
meine Ausbildung endet am (Datum)
und ich habe mich auf eine Stelle beworben.
Am ____ (Datum) von __ bis __ Uhr findet ein
Bewerbungsgespräch in ____ (Ort) statt. Die
Einladung lege ich Ihnen in Kopie bei. Laut
§ 629 BGB sind Sie verpflichtet, mich für das
Gespräch von der Arbeit freizustellen. Bitte
geben Sie mir möglich bald Ihr schriftliches
Einverständnis für meine Teilnahme an dem
Bewerbungsgespräch.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift Azubi _____

Weiterarbeit

Weitarbeit bedeutet, dass du nach dem Ende deiner Ausbildung einfach im Betrieb weiterarbeitest, ohne dass du oder dein Ausbilder über eine Übernahme gesprochen habt.

Hier gilt laut § 24 BBiG Folgendes: Wirst du nach dem Ende deiner Ausbildung weiter beschäftigt, ohne dass es zu einer Vereinbarung kommt, hast du automatisch einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Wenn du nach Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse in den Betrieb gehst und niemand schickt dich heim, hast du einen Arbeitsvertrag. Allerdings: Du bist dann erstmal in der Probezeit und kannst relativ schnell wieder gekündigt werden.

Immerhin: Ein Monat mit vollem Gehalt wirkt sich günstig auf dein Arbeitslosengeld aus, wenn du danach arbeitslos bist.

Arbeitszeugnis

Dein Betrieb muss dir beim Ende deiner Aus-

bildung ein Arbeitszeugnis ausstellen (§16 BBiG). Unter www.verdi-arbeitszeugnisberatung.de und www.azuro-muenchen.de kannst du dich informieren, was die Formulierungen in deinem Zeugnis bedeuten. Unter www.jobworld.de kannst du dir selber ein Zeugnis zusammenstellen.

(Ausführliche Informationen zum Thema Arbeitszeugnis:

Soli 10-, 11/12-2006)



Termin bei Dr. Azubi.
Mit Julia Müller

Arbeitslosigkeit und Arbeitslosengeld

Falls du nach dem Ende deiner Ausbildung arbeitslos bist, musst du dich sofort bei der zuständigen Agentur für Arbeit arbeitslos melden. Nur wenn du das tust, erwirbst du auch einen Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Das Arbeitslosengeld I errechnet sich auf der Grundlage deiner Auszubildendenvergütung und beträgt nur einen bestimmten Prozentsatz davon: Du musst also mit Einbußen rechnen. Deshalb solltest du prüfen, ob du nicht zusätzlich Anspruch auf Arbeitslosengeld II hast und einen entsprechenden Antrag stellen. Bei der Agentur für Arbeit kann man dich außerdem bei der Jobsuche unterstützen, so dass es möglichst bald mit einem neuen Arbeitsplatz klappt.

Alternativen zur Jobsuche

Sehr gute Alternativen zur Arbeitslosigkeit sind außerdem immer ein Studium, eine Weiter- oder eine zweite Ausbildung. Es kann sein, dass du durch deine abgeschlossene Ausbildung einen höheren Schulabschluss erlangst. Hier gibt es in den Bundesländern unterschiedliche Regelungen. In manchen Bundesländern bekommt ein Hauptschüler den Realschulabschluss, wenn er im Anschlusszeugnis der Berufsschule einen bestimmten Notendurchschnitt erreicht hat. Außerdem

kann dir eine abgeschlossene Berufsausbildung den Zugang zu weiterführenden Schulen – z.B. Berufsoberschule – ermöglichen. Teilweise ist auch eine Zulassung zu Studiengängen möglich.

Du solltest dich möglichst frühzeitig darüber informieren, welche Möglichkeiten dir durch einen bestimmten Abschluss offenstehen. Am besten wendest du dich dabei an das Schulamt – diese Information kann entscheidend für deinen weiteren Lebensweg sein.

**Wirst du nach dem Ende deiner
Ausbildung weiter beschäftigt,
ohne dass es...**

**...zu einer Vereinbarung kommt,
hast du automatisch einen
unbefristeten Arbeitsvertrag.**

Qualität sichern

Am 28. und 29. Juni 2007 hat der DGB-Bundesjugendausschuss (BJA) getagt. Studierende, Grundeinkommen, Ausbildungsreport: Hier die wichtigsten Themen und Beschlüsse.

Studierendenarbeit

Mittlerweile existieren bundesweit fast 30 gewerkschaftliche Beratungseinrichtungen an Hochschulen – Zeit, einheitliche Qualitätsmerkmale für die Arbeit der Hochschulinformationsbüros und Kooperationsstellen zu entwickeln. Das Qualitätsmanagement erstreckt sich auf die Bereiche Beratung, Zusammenarbeit vor Ort, Öffentlichkeitsarbeit, Mitgliedergewinnung und Veranstaltungorganisation.

Der BJA hat beschlossen, die Arbeit im DGB-Bundesvorstand zu vereinheitlichen, politisch verantwortlich ist dabei der Bereich Jugend des DGB-Bundesvorstands. Bisher gab es parallele Strukturen zwischen Organisationsabteilung und Jugend. Nun wird es nur noch zwei Vernetzungsseminare pro Jahr geben. Mit ihnen sollen alle ehrenamtlichen und hauptamtlichen Beteiligten angesprochen werden.

Materialien für die Arbeit gibt's ab sofort gratis. Die Qualitätskriterien werden zudem Thema eines Transfer-Seminars im September 2007 sein.

BAföG

Auch in Sachen BAföG war der BJA aktiv: In einem Beschluss fordert das Gremium die

Anhebung der BAföG-Bedarfssätze und Freibeträge um mindestens zehn Prozent zum Wintersemester 2007/08. Darüber hinaus fordert der DGB den Gesetzgeber auf, die Anpassung der Fördersätze und Freibeträge in eine automatische Anpassung zu überführen, sodass die Sätze in Zukunft jährlich der allgemeinen Teuerungsrate entsprechen.

Die Förderungsdauer muss in Zukunft mindestens der durchschnittlichen Studiendauer entsprechen. Außerdem soll die paritätische Finanzierung (Hälfte zinsfreies Darlehen, Hälfte Zuschuss) für Studierende beibehalten werden, ebenso die Deckelung der Verschuldung auf 10.000 Euro. Die Vollförderung für SchülerInnen ist beizubehalten.

Schließlich muss das BAföG dahingehend umgestaltet werden, dass Studierende aus der Mittelschicht auch in den Genuss einer BAföG-Förderung kommen können, um nicht ihr Studium über Studienkredite finanzieren zu müssen. Und: Die Förderung muss bis zum Abschluss des Master of Arts oder gleichwertiger Abschlüsse generell möglich sein – bei der Umstellung der Studiengänge von den klassischen Abschlüssen (Diplom, Staatsexamen) auf Bachelor und Master dürfen den BAföG-EmpfängerInnen keine Nachteile entstehen. Die Förderung ist beim Umsteigen auf diese Abschlussart in derselben Studienrichtung beizubehalten.

Grundeinkommen

Nicht nur DGB-Bundesjugendsekretär René

Rudolf ist es leid: Wie er möchten viele Gewerkschafter endlich genau wissen, was es mit den vielen unterschiedlichen Modellen zum Grundeinkommen auf sich hat. Deswegen hat sich der BJA einen Workshop zum Thema verordnet, der im Anschluss an die BJA-Sitzung am 31. Oktober 2007 in Berlin stattfinden wird.

Der Workshop soll aus zwei Teilen bestehen: Im ersten Part wird sich mit unterschiedlichen Modellen und Definitionen beschäftigt. Zur Unterstützung reisen Experten aus Parteien und Verbänden an, die ihre Thesen zur Diskussion stellen werden.

Der zweite Teil findet ohne Gäste statt und soll der Diskussion innerhalb der DGB-Jugend dienen. Mitglieder des BJA und jeweils ein bis zwei ehrenamtliche Kolleginnen oder Kollegen aus den Bundesjugendausschüssen und -vorständen der Gewerkschaften sowie aus Bezirksjugendvorständen der DGB-Bezirke sind herzlich eingeladen.

Ausbildungsreport 2007

Der Ausbildungsreport der DGB-Jugend wird im September 2007 in Druckform vorliegen. Die Ergebnisse aus den Bezirken werden noch einmal gesondert ermittelt und den Haupt- und Ehrenamtlichen vor Ort zugeleitet.

Die einzelnen Gewerkschaften planen die interne Nutzung des Ausbildungsreports 2007, Teilaspekte sind aus ihrer Sicht nutzbar und präsentierfähig. Der Ausbildungsreport wird auch im nächsten Jahr fortgeführt. [5]

DGB-JUGEND: HERBSTAKADEMIE

Auftrieb oder laues Lüftchen?

Anfang Juni 2007 trafen sich die acht Regierungschefs der weltweit mächtigsten Industriestaaten zum G8-Gipfel in Heiligendamm. Die G8 stehen für eine Globalisierungspolitik, die die Liberalisierung des Handels als oberstes Ziel hat. Die soziale Dimension der Globalisierung bleibt dabei ausgeblendet. Gewinnmaximierung für Wenige und Verarmung für viele sind die Folgen, die schon heute sichtbar sind. Die massiven Gipfelproteste zeigen, dass die Menschen nicht damit einverstanden sind, dass ihre Zukunft maßgeblich von dieser kleinen Runde bestimmt wird.

Auch für die soziale Bewegung in Deutschland ist der G8-Gipfel in Heiligendamm von Be-



deutung. Nachdem wir uns im letzten Jahr vor allem inhaltlich mit den G8 und dem Widerstand dagegen befasst haben, wollen wir bei der diesjährigen Herbstakademie den Fokus auf die Bedeutung der Gipfelproteste für die soziale Bewegung legen.

Diskutieren wollen wir vor allem folgende Punkte:

- Was gab es an Protesten und Aktionen in Heiligendamm?
- Wie wurden die Proteste in den Medien dargestellt?
- Was hat sich bei den Akteuren der sozialen Bewegung nach Heiligendamm verändert?
- Was waren eure eigenen Erfahrungen mit den Gipfelprotesten?

DGB-Jugend und Attac laden alle Interessierten zu einem intensiven Austausch über diese Aspekte ein. Wir wollen aus den Erfahrungen von Heiligendamm lernen und darüber diskutieren, was sich wie bewegt hat und was sich noch bewegen muss.

Auch in Hinblick auf das Deutsche Sozialforum Ende Oktober 2007 in Cottbus wollen wir die Herbstakademie nutzen, um zu zeigen: Eine andere Globalisierung ist möglich. [5]

4. bis 7. Oktober 2007. Herbstakademie der DGB-Jugend und Attac, DGB-Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin. Infos und Anmeldung:
Tel.: 030 / 21 24 03 12, 033 923 / 74 00;
E-Mail: daniel.wucherpennig@dgb.de, anne.steckner@dgbyugendbildungsstaette.de; www.heak.org

Daniel Wucherpennig ist Landesjugendsekretär des DGB in Berlin-Brandenburg.



WEBTIPP DES MONATS

Die Europäische Union hat das das Internetportal »Youthweek« gestartet. Hier wird für Jugendliche, Jugendpolitiker und alle Interessierten über nationale, regionale und lokale Jugendaktivitäten berichtet. »Youthweek« ist auch eine Plattform für diejenigen, die ein europäisches Projekt durchführen oder planen. Die Website ist von jungen Journalisten für junge Leute geschrieben, sie wird von der Europäischen Jugendpresse betrieben. Sie bietet auch einen Newsletter. Ganz wichtig: Vorschläge an die Chefredaktion und Gemoser kann man an die E-Mail-Adresse yw-team@youthpress.org loswerden.

European Youth Week



www.youthweek.eu

»YOUropeo7«-Praxisbuch: Wie funktioniert Europa? Was hat es mir zu bieten? Und was hat das alles überhaupt mit meinem Leben zu tun? Viele Fragen – die Antworten finden sich im Praxisbuch »YOUropeo7«, das der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) veröffentlicht hat.

Bestellungen: DBJR, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 40 04 04 41, E-Mail: youropeo7@dbjr.de

Bildungscomic: Das Innenministerium in Nordrhein-Westfalen versucht's mit bunten Bildern: Mit dem Bildungscomic »Andi« soll gezielt rechtsextremistischen Agitatoren die Offensive



durch »überzeugende, an die Lebenswelt von Jugendlichen angepasste Argumentation genommen werden«. Zielgruppe: Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren »ohne geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild«.

Ansehen und kostenlos bestellen: www.andi.nrw.de

Lesetipp: Die erste umfassende Wirtschaftsgeschichte des »Dritten Reichs« liegt vor: Adam Tooze beschreibt, wie Hitlers Weg zur Macht und alle seine Entscheidungen während des Kriegs stets von wirtschaftlichen Interessen mitbestimmt wurden.

Adam Tooze: *Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus*, Siedler-Verlag, München 2007, 926 S., 44 Euro



Heinz-Westphal-Preis: Ihr seid eine Jugendgruppe? Ihr gehört zu einem Jugendring, Jugendverband oder einer anderen Institution der Jugendarbeit in Deutschland? Wenn Ihr was Neues auf die Beine gestellt habt, dann solltet ihr euch sofort für den Westphal-Preis der IG Metall bewerben.

www.heinz-westphal-preis.de

IMPRESSUM

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehrbrock

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409

E-Mail: jkiontke@web.de

Internet: www.dgb-jugend.de

Druck: PrintNetwork PN GmbH

Redaktion: Jürgen Kiontke

Grafik: Heiko von Schrenk

Aboverwaltung: Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

SEMINARE

Diskussionen, Sitzungen und Besprechungen – sie gehören zum beruflichen und politischen Alltag. In diesem Seminar wird ausführlich behandelt, wie ihr Gespräche erfolgreich führt und Argumente effektiv präsentiert – und vor allem: wie man sich nicht aus dem Konzept bringen lässt.

14. bis 16. September 2007. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen, Buchungscode DAG 8619

Eine Gruppe leiten: Wie fange ich an, wenn ich das erste Mal vor einer Seminargruppe stehe? Welche Methoden kann ich verwenden, um die Seminararbeit effektiv zu gestalten? Und wie gehe ich mit Konflikten in der Gruppe um? Solche und andere Fragen sollen in diesem Seminar beantwortet werden.

24. bis 28. September 2007. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen, Buchungscode GLT 8611

Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de

Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

An den
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin



Ich möchte monatlich ___ Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	